

## Klarstellung

8. Juni 2016

In jüngster Zeit wurde von verschiedenen Mitgliedern der **V-Partei**<sup>3</sup> an mich heran getragen, dass wir (die **Partei für die Tiere**) uns ja der **V-Partei**<sup>3</sup> anschließen oder mit ihr zusammen gehen würden, einen gemeinsamen Landesverband Bayern gründen würden (zuletzt gehört am 28. Mai in Tübingen, aber auch schon vorher). Man habe da „was läuten hören“.



Partei für die Tiere

Bundesgeschäftsstelle

Dazu folgende **Klarstellung**:

Abgesehen davon, dass die Gründung eines gemeinsamen Landesverbands rechtlich gar nicht zulässig wäre, ist dieses „Geläut“ ein Irrglaube und muss von einem anderen Kirchturm kommen.

Wir haben nicht unsere eigene Partei gegründet und uns bewusst als 'Ein-Themen-Partei' positioniert, um uns nach nur einem halben Jahr mit einer anderen Partei zusammen zu tun, zu der es zwar durchaus Parallelen gibt in wesentlichen Zielen, die aber als 'Viel-Themen-Partei' unser Hauptziel nicht ausreichend vertreten kann.

Denn wer in seinem Wahlprogramm schreibt, dass er sich auch für viele andere (durchaus sinnvolle und wichtige!) Themen und gesellschaftliche Gruppen einsetzt, der macht damit auch ein Versprechen in Richtung dieser Zielgruppen, und muss – nach einem Einzug in ein Parlament und Regierungsbeteiligung – eben auch gegenüber diesen Zielgruppen Versprechen einlösen.

Ein kleiner Koalitionspartner kann aber nicht alle seine Forderungen durchsetzen. Wer etwas für sozial Benachteiligte oder andere menschliche Gruppen tut, weil er bei diesen im Wort steht, kann entsprechend weniger für die Tiere erreichen.

Wenn die **V-Partei**<sup>3</sup> oder eine andere Partei ähnlicher Ausrichtung in einer Koalition beispielsweise etwas für die Rentner durchsetzt, muss sie zwingend bei einem Tier-Thema Abstriche machen. Wie will der Verhandlungsführer einer solchen Partei einem Rind, das kurz vor seiner Schächtung steht – es ist bereits in der Apparatur fixiert und starrt in Panik auf den Schächter, der gerade das Messer wetzt – wie will er diesem Rind erklären, dass es nun leider einen extrem grausamen Tod sterben muss, der viele Minuten dauern kann (bei Schafen wurden bis zu 15 Minuten Todeskampf beobachtet!), weil die Rücknahme des zuvor erhöhten Renteneintrittsalters nun doch wichtiger war als das ausnahmslose Verbot des Schächtens, man stehe ja auch bei den Rentnern im Wort. (Böse formuliert könnte man anfügen, dass der Rentner wahlberechtigt und deshalb wichtiger ist als das Rind oder das Schaf vor seiner Schächtung. Und eine politische Partei lebt nun mal von Wählerstimmen – nicht vorrangig von Menschlichkeit.)

Das soll jetzt nicht heißen, dass uns die Belange der Rentner gleichgültig wären. Auch nicht die Belange des Unternehmensgründers mit einer tollen Idee, der in einem Wust aus Vorschriften und Bürokratie erstickt. Aber wer allen (Wähler-)Gruppen etwas verspricht, muss (oder sollte) sich bei Koalitionsverhandlungen an seine vielen Versprechungen erinnern. Wenn die Partei dann – zugegeben wieder böse formuliert – ein politischer 'Gemischtwarenladen' ist, mag sie zwar attraktiver erscheinen (jeder findet etwas, das ihm selbst nützt), wird aber bezüglich seines Hauptziels entscheidende Abstriche machen müssen.

Die andere Seite der Medaille darf auch nicht verschwiegen werden: Wer für Wähler (und nur menschliche Tiere haben Wahlrecht) unattraktiv erscheint, wird sich schwer tun, überhaupt in die Nähe des Parlaments zu kommen und in Koalitionsverhandlungen das Leid der Tiere mindern zu können. Er vertritt zwar die 'reine Lehre', erreicht aber trotzdem nichts.

Daher sehen wir (die **Partei für die Tiere**) es als ausdrücklich positiv an, dass nach dem de facto Scheitern der **MUT** sich verschiedene neue politische Gruppierungen bilden um auszuloten, welches Konzept besser zieht als das der **MUT**.

Denn die **MUT** ist gescheitert – daran gibt es leider keinen Zweifel: Wer 23 Jahre braucht, um bei Bundestagswahlen von einem halben Prozent auf 0,5% zu kommen sollte aufgeben, es funktioniert nicht. Solch eine Partei erreicht sogar das Gegenteil ihres eigentlichen (und ehrenwerten!) Ziels: Sie beweist der etablierten Politik mit ihrem verlässlichen Misserfolg, dass das Thema Tierwohl in der Wahlkabine keine Rolle spielt. Zumindest in der Darreichungsform, die die MUT anbietet.

Verschiedentlich wird argumentiert, dass diese Aufspaltung in viele neue Parteien eine Schwächung der Bewegung bedeutet.

Nun – Schwächung setzt voraus, dass vorher Stärke da war.

Die Bewegung selbst verzeichnet große Erfolge im außerparlamentarischen Bereich, in

- Tierrechts- und Veganer-Gruppen
- Tierversuchsgegnern
- im Verbraucherverhalten, die zunehmend auf tierleid-freie Produkte setzen
- durch kleine Hersteller, die mit viel Liebe und Enthusiasmus solche Produkte kreieren
- durch große etablierte Hersteller, die zunehmend umschwenken auf vegane Produkte
- in den Medien, die Themen des Tierleids und auch die zwingenden Folgen für Menschen und Ökologie aufgreifen und Bewusstsein schaffen.

Aber es fehlt der parteipolitische Arm dieser Bewegung. Vieles lässt sich verändern vom Verbraucher selbst durch sein Kaufverhalten. Der Fleischkonsum in Deutschland sinkt. Gleichzeitig aber steigen die Schlachtzahlen – die zerstückelten sterblichen Überreste der feige und heimtückisch ermordeten Tiere werden u.a. nach China verkauft. Dagegen kann der deutsche Verbraucher nichts tun. Dagegen muss die Politik etwas tun.

Volksabstimmungen auf bundesweiter Ebene gibt es nicht bei uns. Eigentlich wären sie das richtige demokratische Medium für ein einzelnes Thema oder einen Themenkomplex, für Grundsatzentscheidungen.

[Es wird argumentiert, dass im Grundgesetz Volksabstimmungen 'leider' nicht vorgesehen wären. Dazu empfehlen wir als Lektüre GG Art. 20 Abs. 2: „**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt**“. Abstimmungen sind also ausdrücklich genannt im GG, gleichwertig zu Wahlen – nur wurde versäumt, dazu ausführende Gesetze zu erlassen wie bei Wahlen, um die Details zu regeln. Direkte Demokratie – sie ist das eigentliche Vorbild aus dem antiken Griechenland, die haben damals nicht den Parlamentarismus erfunden, sondern die direkte Demokratie(!) – würde als Folge die Macht der Parlamentarier verringern. Es soll natürlich niemals nicht ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen der Selbstbeschränkung des Parlaments und seiner mehrheitlichen Weigerung (abgesegnet durch das Verfassungsgericht, das wiederum von den Parteien personell besetzt wird), entsprechend dem GG Abstimmungen auf Bundesebene zuzulassen und durch ausführende Gesetze zu regeln!]

Weil uns Abstimmungen verweigert werden zu einzelnen Themen muss der Weg über den Parlamentarismus führen. So, wie die 68er Bewegung damals den Marsch durch die Institutionen ausgerufen hatte, müssen wir den Marsch in die Parlamente ausrufen. Da wollen wir hin, da müssen wir hin

- um wirkungsvoll etwas ändern zu können an der Qual
  - der Nutztiere,
  - der Labortiere,
  - der Wildtiere, die durch Trophäenjagd oder Vernichtung ihres Lebensraums leiden und sterben
  - der Tiere des Wassers, die abgefischt oder vergiftet werden
- um weniger entwickelten Völkern der Welt die Nahrung zu lassen statt sie ihnen weg zu kaufen als Viehfutter für unseren ineffizienten Fleisch-, Milch- und Eier-Konsum

- um unser eigenes Volk zu schützen vor
  - der weiteren Verbreitung multiresistenter Keime, in erheblichem Maße ausgelöst durch den Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft (nach Schätzungen sterben in Deutschland jährlich 15.000 Menschen an multiresistenten Keimen)
  - um die Erzeugung sekundären Feinstaubes zu verringern (45% der Feinstaubbelastung stammen aus der Landwirtschaft, vor allem aus der Gülle durch Cluster-Bildung von Ammoniak mit anderen Luftschadstoffen; 'nur' 20% des Feinstaubes werden vom meist alleinig gescholtenen Verkehr verursacht; jährlich sollen in Deutschland 35.000 Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung sterben, woran wiederum Feinstaub einen wesentlichen Anteil hat!)
  - um die Nitratbelastung des Trinkwassers zu verringern
- um der Ökologie zu helfen als Grundlage unserer eigenen Existenz durch
  - Erhalt der Artenvielfalt, vor allem bedroht durch die heutige Landwirtschaft
  - Schutz der letzten Regenwälder, bevor das System kippt (es wird befürchtet, dass der Wasserkreislauf im Amazonasgebiet zusammen bricht bei Unterschreitung einer Mindest-Waldfläche, und dann das gesamte Gebiet versteppt oder gar zur Wüste wird als 'Sahara 2.0')
- um den Klimawandel nicht noch weiter zu beschleunigen (laut einer Studie des World Watch Institute ist die Nutztierhaltung direkt und indirekt verantwortlich für mindestens 51% der vom Menschen verursachten Treibhausgase, siehe <https://www.worldwatch.org/files/pdf/Livestock%20and%20Climate%20Change.pdf> )
- um nicht zusätzliche Fluchtursachen zu schaffen durch daraus folgende ökologische Konsequenzen – wobei das Ausmaß solcher Fluchtbewegungen jeden Krieg und Bürgerkrieg weit übertreffen dürfte.

Den wenigsten Menschen ist bewusst, welch enormen Hebel unsere Ernährung hat auf Ökologie, Gesundheit, soziale und politische Stabilität von Gesellschaften und Staaten, letztlich unser aller Zukunft auf diesem Planeten. Vielleicht könnten sich 1-2 Mrd. Menschen von tierlichen Produkten ernähren, ohne den Planeten und seine Ökologie langfristig zu ruinieren, mit „nur“ dem Leid der Nutztiere als Nachteil und ein paar gesundheitlichen Folgen für sich selbst. Bei 7,5 Mrd. Menschen funktioniert das nicht mehr, erst recht nicht bei 10 Mrd. Die Umstellung auf vegane Lebensweise ist nicht allein altruistisch motiviert. Es geht langfristig auch um die Interessen des Tiers 'Mensch' als dominierende Art, die sich selbst mit auf die rote Liste setzt, macht sie weiter so wie bisher.

Und weil der Themenkomplex „Tier-Ernährung-Landwirtschaft“ von so großer Bedeutung ist, gleichzeitig von der etablierten Politik und der Gesellschaft in all seinen Weiterungen jedoch kaum ernst genommen wird, lohnt es durchaus, ihm eine eigene Partei zu widmen. Und zwar vollständig.

Die Hürde besteht darin, dem potentiellen Mitglied, dem Unterstützer und schließlich dem Wähler dieser Partei Zusammenhänge und Bedeutung aufzuzeigen.

Das versuchen wir.

Und das versuchen auch andere, unabhängig von uns. Und das ist auch gut so!

Für die **Partei für die Tiere**,

Ludwig Reiser

einer von drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden in Absprache mit der Vorstandschaft

<http://www.partei-fuer-die-tiere.de/>

<https://www.facebook.com/Partei.fuer.die.Tiere/>

<mailto:kontakt@partei-fuer-die-tiere.de>